

## **1. Wie stehen Sie zum Ausbau des Verkehrslandeplatzes in Mönchengladbach?**

*Stefan Wimmers* (CDU): Ein uneingeschränktes „Ja“ zum Ausbau.

*Norbert Bude* (SPD): Ich unterstütze nachhaltig den Ausbau des Mönchengladbacher Flughafens als wichtigen Impuls für die Region, der viele notwendige Arbeitsplätze schafft. Der Ausbau darf und wird aber nur unter größtmöglicher Umsetzung von Lärmschutzmaßnahmen für die Bevölkerung erfolgen.

*Erich Oberem* (FWG): Positiv.

*Karl Sasserath* (Grüne): Im Umkreis Mönchengladbachs existieren verschiedene schnell erreichbare Flughäfen; neuerdings gibt es sogar eine direkte Bahnverbindung zum Köln/Bonner Flughafen. Deshalb erkenne ich keinen Bedarf für den Ausbau, sondern beträchtliche finanzielle Risiken, die in einer zukünftigen Beteiligung der Stadt Mönchengladbach an der Abdeckung der wirtschaftlichen Verluste des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach liegen. Diese belaufen sich zur Zeit jährlich auf ca. 5 Mio. €.

*Anno Jansen-Winkel* (FDP): Die FDP befürwortet seit Jahren den Ausbau des Flughafens Mönchengladbach, nicht zuletzt wegen der positiven Auswirkungen auf die Umwelt. Zu erwarten ist eine deutliche Reduzierung der „Platzrunden“ durch die Sportflieger und der Wegfall tausender Zubringer-km zum Flughafen Düsseldorf.

## **2. Werden Sie den Anbau von gentechnisch manipulierten Pflanzen auf städtischen Flächen verbieten?**

*Stefan Wimmers* (CDU): Ja, soweit rechtlich möglich. Ich würde mich überdies in Verbindung mit den Kollegen aus Erkelenz dahingehend verständigen wollen, dass auch dort mit dieser Thematik in gleicher Weise umgegangen wird, um nicht trotz eines hiesigen Verbots durch den Westwind gegenteilige Folgen zu haben.

*Norbert Bude* (SPD): Ich unterstütze weiterhin den Bürgerantrag „Keine Gentechnik auf kommunalen Flächen“, der leider auf Veranlassung der CDU nicht mehr vor der Kommunalwahl verabschiedet worden ist.

*Erich Oberem* (FWG): Nein.

*Karl Sasserath* (Grüne): Im Falle meiner Wahl zum Oberbürgermeister der Stadt Mönchengladbach bei der Kommunalwahl im September 2004 werde ich mich, weil der Anbau zu viele unkalkulierbare Risiken in sich birgt, im Hauptausschuss und Rat mit meiner Stimme ebenfalls dafür einsetzen, dass gentechnisch veränderte Organismen (GVO) auf städtischen Grundstücken nicht eingesetzt werden und bestehende und zukünftige Pachtverträge für städtischen Flächen mit entsprechenden Verbotsklauseln versehen werden. Im Jahre 1999 unterstützte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bereits einen Antrag des BUND an den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden, der darauf abzielte, den Anbau von gentechnisch manipulierten Pflanzen auf städtischen Flächen zu unterbinden.

*Anno Jansen-Winkel* (FDP): Ich bin gegen eine solche unliberale Marktbeschränkung, bietet die grüne Gentechnik neben Risiken doch auch Chancen, wie den verminderten Einsatz von Pestiziden. Die Insellösung Mönchengladbach ist jedenfalls ohnehin ein sinnloses Utopia und damit kein gangbarer Weg.

### **3. Trotz sinkender Einwohnerzahlen nehmen in Mönchengladbach Bebauung und Verkehrswege zulasten der freien Landschaft immer mehr zu. Wie wollen Sie diesen Trend stoppen?**

*Stefan Wimmers* (CDU): Der sinkenden Einwohnerzahl ist zu begegnen. Verkehrswege müssen nur noch dort entstehen, wo sie auf der anderen Seite für eine ökologische und immissions-technische Entlastung sorgen. Weitere Entwicklungen von Baugebieten im heute landschaftlich belegten Raum sehe ich nicht. Die vorhandenen Gewerbegebiete müssen zunächst mit Leben gefüllt werden, was bereits schwierig genug sein wird. Die zukünftige Entwicklung solcher Gebiete sollte interkommunal erfolgen.

*Norbert Bude* (SPD): Der derzeit in der Neuaufstellung befindliche Flächennutzungsplan der Stadt Mönchengladbach trägt bereits diesen Aspekten Rechnung. Ich setze mich für eine vorrangige Bebauung freier Flächen innerhalb des Stadtgebietes ein.

*Erich Oberem* (FWG): Die FWG-Fraktion wird den Geltungsbereich des Landschaftsplanes gegen Eingriffe durch Bebauungspläne sichern.

*Karl Sasserath* (Grüne): Als Oberbürgermeister werde ich umgehend dafür Sorge tragen, dass die Verwaltung für den Rat und die Öffentlichkeit eine Übersicht aller rechtskräftigen Bebauungspläne in MG und über die Anzahl der Wohneinheiten, die diese beinhalten, erstellt. Anstatt neue Flächen für Straßenbaumaßnahmen zu erschließen, setze ich mich dafür ein, den Nutzungsgrad des ÖPNV und des Fahrrades als Verkehrsmittel zu erhöhen; dazu benötigt Mönchengladbach eine Radwegnetzplanung und das Angebot des ÖPNV muss verbessert werden (Verkürzung der Taktzeiten und Verbesserung des Angebotes insbesondere in den Abendstunden).

*Anno Jansen-Winkel* (FDP): Ich denke nicht, dass dieser Trend zu stoppen ist, da die Mehrheit der Menschen genau dies wünscht. Zumindest wenn man den Einzelfall betrachtet, sei es der berechtigte Wunsch nach dem Eigenheim, oder das zeitgemäße Arbeitsangebot. Mein Augenmerk gilt dabei den Prozess so verträglich wie möglich zu gestalten.

### **4. Wo sehen Sie konkrete Probleme in Natur und Umwelt in Mönchengladbach?**

*Stefan Wimmers* (CDU): Grundwasserproblematik infolge Rheinbraun, Windkrafträder.

*Norbert Bude* (SPD): Insbesondere in der jahrzehntelangen Vorrangpolitik der CDU für den Individualverkehr. Ein besseres Angebot im ÖPNV und ein ausgebautes Netz von Fahrradwegen sollen es einfacher machen, das Auto auch einmal stehen zu lassen.

*Erich Oberem* (FWG): Wir sehen konkrete Probleme bei der Vermüllung des Stadtgebietes.

*Karl Sasserath* (Grüne): Weder sind bisher Natur und Umwelt im Leitbild der Stadt verankert, noch verfolgt die Stadt Mönchengladbach bisher eine vernetzte Strategie der nachhaltigen Entwicklung. Dies muss in Zukunft anders werden.

*Anno Jansen-Winkel* (FDP): Es gibt ein Problem beim Bewusstsein für Sauberkeit und gegen ein Vermüllen der Natur und der Stadt. Außerdem würde ich mir eine deutliche Verbesserung der Strukturen für Fahrräder wünschen.

**5. Sehen Sie Bereiche, in denen Mönchengladbach sich umweltpolitisch hervorhebt?  
Wenn ja: wo?**

*Stefan Wimmers* (CDU): Hohes Trennungsbewusstsein bei der Müllentsorgung, hoher Anteil von hochwertigen Grünflächen im Stadtgebiet.

*Norbert Bude* (SPD): Der nach wie vor hohe Anteil des öffentlichen Grüns im gesamten Stadtgebiet und die Möglichkeit, Naherholungsgebiete relativ zügig zu Fuß und mit dem Fahrrad zu erreichen.

*Erich Oberem* (FWG): Hervorhebenswert ist die Zahl von Natur- und Landschaftsschutzgebieten sowie geschützter Landschaftsbestandteile.

*Karl Sasserath* (Grüne): Der bedeutende Philosoph Hans Jonas und Autor des „Prinzips Verantwortung“ ist Mönchengladbacher Ehrenbürger. Das „Prinzip Verantwortung“ muss in Mönchengladbach entwickelt und in das zukünftige Leitbild der Stadt (Stichwort: Mönchengladbach 2030) integriert und als Ziel umgesetzt werden. Damit dies erreicht werden kann, setze ich mich für die Bildung einer Umweltkonferenz mit verschiedenen Foren (Gesundheit und Sport, Energie und Verkehr, Bauen und Wohnen, Verbraucher und Wirtschaft) bestehend aus Vereinen, Verbänden, Schulen, Unternehmen, Fraktionen, Verwaltung, Medien u.a. als organisatorischer Einrichtung in Mönchengladbach ein.

*Anno Jansen-Winkel* (FDP): Mönchengladbach ist eine vergleichsweise grüne Stadt, ohne allzu große Verdichtung. Mönchengladbach hat aus meiner Sicht einen hohen Freizeitwert.

**6. Welche Maßnahmen zur Energieeinsparung im Bereich des Stadtgebietes wollen Sie in den nächsten fünf Jahren umsetzen?**

*Stefan Wimmers* (CDU): Höhere Einbeziehung von Photovoltaiktechniken, bewusstseinsbildende Maßnahmen vornehmlich im Kinder- und Jugendbereich, Einrichtung innerstädtischer Personennahverkehrssysteme mit alternativer Energieversorgung.

*Norbert Bude* (SPD): Konsequente Fortführung des Programms „Energiesparen an Schulen“ und Ausdehnung auf andere städtische Einrichtungen und Gebäude. Unterbringung z. B. von Blockheizkraftwerken in Gewerbegebieten und Neubaugebieten.

*Erich Oberem* (FWG): Keine, solange es wegen des Umweltverrats von Bündnis 90/Die Grünen nicht gelingt, den Braunkohlentagebau zurückzudrängen.

*Karl Sasserath* (Grüne): Mönchengladbach benötigt zur Entwicklung einer Einsparungsstrategie eine prozessorientierte Energiepolitik, die auf einer Ist-Analyse und der Bewertung aller energiepolitischen Maßnahmen basiert und zur konkreten Umsetzung von Projekten und zu konkreten Maßnahmen des Energiesparens in der Kommune führt. Dazu werde ich als Oberbürgermeister dem Rat die Beteiligung der Stadt Mönchengladbach am „Aktionsprogramm 2000plus - Kommunaler Handlungsrahmen Energie in NRW“ des Ministeriums für Verkehr, Energie und Landesplanung zur Durchführung des European Energy Award (Anträge auf Förderung können bis zum 31.10.2004 eingereicht werden) und am Landesprogramm „50 Solarsiedlungen in NRW“ vorschlagen.

*Anno Jansen-Winkel* (FDP): Windkraftstandorte habe wir gerade ausgewiesen. Die laufenden Maßnahmen in den öffentlichen Gebäuden müssen weitergeführt werden und der Fahrradverkehr sollte weiter nach vorne gebracht werden.

**7. Mit der letzten Änderung des Landschaftsplanes ist der Geltungsbereich verringert worden. Damit ist die Fläche für den Natur- und Landschaftsschutz weiter verkleinert worden. Welche Konsequenzen wollen Sie daraus ziehen?**

*Stefan Wimmers* (CDU): Die durch den Landschaftsplan im Sinne von Naturschutz ausgegrenzte Fläche soll nicht automatisch dem selbigen entzogen sein.

*Norbert Bude* (SPD): Diese Änderung des Landschaftsplans (einstimmiger Ratsbeschluss) war nach meiner Auffassung eine notwendige Anpassungsänderung, nachdem der Landschaftsplan 1995 in Kraft getreten ist. Zukünftige Änderungen im Sinne Ihrer Fragestellung halte ich nicht für notwendig.

*Erich Oberem* (FWG): Diese Aussage ist so falsch und kann deshalb nicht beantwortet werden. (Anmerkung der Red.: Die nochmalige Prüfung der Unterlagen bestätigt die Verringerung des Geltungsbereiches durch vielfache Anpassungen an das Baurecht).

*Karl Sasserath* (Grüne): Der stadttökologische Fachbeitrag (STÖB), der im Landschaftsgesetz NRW verankert ist, bietet den Kommunen aufbauend auf einer Bestandsaufnahme und einer Beurteilung von Natur und Landschaft die Entwicklung von Leitbildern und Empfehlungen für eine ökologische Stadtentwicklung, die dann von der Stadt in der Bauleitplanung oder im Rahmen städtischer Konzepte und Programme umgesetzt werden können. Damit die Lebensqualität der Menschen erhöht und gleichzeitig der Biotop- und Artenschutz als Grundlage für eine nachhaltige Stadtentwicklung in unserer Stadt entwickelt werden kann, setze ich mich für die Erarbeitung eines stadttökologischen Fachbeitrages für Mönchengladbach (STÖB) durch die Landesanstalt für Ökologie Bodenordnung und Forsten des Landes NRW ein.

*Anno Jansen-Winkel* (FDP): In Sachen Landschaftsplan halte ich das Vorgehen für richtig und ausgewogen.

**8. Mit dem Südpark gibt es in der Stadt ein militärisch genutztes Gebiet. Das Militär wird das Feld eines Tages räumen. Im Kreis Viersen ist es gelungen, ein ehemaliges Munitionsdepot für Tier- und Pflanzenarten mit landesweit bedeutsamen Vorkommen zu sichern. Auch der Südpark bietet eine Menge Potenzial, das zeigt die Biotopentwicklung im angrenzenden Genhülseener Wald. Werden Sie dafür eintreten, dass der Südpark unser nächstes Naturschutzgebiet wird?**

*Stefan Wimmers* (CDU): Nach entsprechender Darlegung, dass bedeutsame Vorkommen seltener Tier- und Pflanzenarten vorhanden sind, kann eine solche Folge für einen Teil dieses Gebietes ggf. befürwortet werden. Entwicklungen im Bereich des Nordparks haben mir offenbart, dass in diesem Zusammenhang sehr oft und gerne über das Ziel hinausgeschossen wird.

*Norbert Bude* (SPD): Ja, wobei eine sinnvolle Nutzung der Flächen entlang der Gladbacher Straße nicht ausgeschlossen sein muss.

*Erich Oberem* (FWG): Nein.

*Karl Sasserath* (Grüne): Ja, ich werde den Vorschlag aufgreifen und die Möglichkeiten seiner Verwirklichung prüfen.

*Anno Jansen-Winkel* (FDP): Ich denke das die Diskussion um den Südpark verfrüht und unseriös ist. Der überschaubare Horizont militärischer Nutzung ist noch erheblich.

**9. Mönchengladbach hat für Wirtschaft, Marketing und Stadtentwicklung eigene Gesellschaften. Der Umweltschutz ist bisher unterrepräsentiert. Werden Sie die Gründung einer Umweltförderungsgesellschaft zur Erhaltung unserer Lebensgrundlagen durchsetzen?**

*Stefan Wimmers* (CDU): Nein. Ich denke, dass es einer Reihe von Institutionen gibt, die sich dem Umwelt- und Naturschutz verschrieben haben und deren Rat auch bisher in Entscheidungsfindungen einfließen.

*Norbert Bude* (SPD): Wichtiger erscheint mir, dass der Fachbereich Umweltschutz innerhalb der Stadtverwaltung wieder einen eigenständigen Stellenwert erhält, und nicht wie bei CDU und FDP geschehen, als Spielball zwischen den Dezernaten hin- und hergeschoben wird. Im übrigen hält meine Partei und ich Privatisierungen nicht immer für den Königsweg.

*Erich Oberem* (FWG): Nein.

*Karl Sasserath* (Grüne): Das Prinzip der Nachhaltigkeit beinhaltet die Verpflichtung, die wirtschaftliche Entwicklung dauerhaft mit ökologischer Verträglichkeit und sozialer Gerechtigkeit zu verbinden. Weil die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen als Aufgabe den Einsatz verschiedener Instrumente und Mittel erfordert (Querschnittsaufgabe), trete ich dafür ein, das Prinzip der Nachhaltigkeit (sustainable development) in den Gesellschaftsverträgen der Beteiligungsgesellschaften der Stadt Mönchengladbach (WFMG, EWMG, MGMG u.a.m.) zu verankern und diese auf die Erstellung von regelmäßigen Nachhaltigkeitsberichten zu verpflichten.

*Anno Jansen-Winkel* (FDP): Ich denke das der Umweltschutz im Umweltamt und Rahmen der Baubehördlichen Vorgehen in guten Händen ist. Diese Aufgabenstellung hat sich in den vergangenen Jahrzehnten hervorragend bewährt.

**10. Die beiden großen Umweltschutzverbände NABU und BUND leisten in vielen Bereichen vor Ort ehrenamtliche Arbeit. Wie ordnen Sie deren Rolle im kommunalen Naturschutz ein und wo wünschen Sie sich Unterstützung durch die Verbände?**

*Stefan Wimmers* (CDU): Ich halte die Rolle dieser Verbände für bedeutsam und würde mir einen permanenten Gedankenaustausch wünschen. Bis auf wenige Ausnahmen habe ich bisherige Kontaktaufnahmen jedoch als sehr tendenziell und vorurteilsbelastet mir und Mitgliedern meiner Partei gegenüber empfunden.

*Norbert Bude* (SPD): Ich plädiere dafür, dass die anerkannten Umweltschutzverbände ihren Sach- und Fachverstand in die politische Arbeit einbringen können, indem der Umweltausschuss sachkundige Einwohner aus den Verbänden zur ständigen Mitarbeit in diesen Ausschuss beruft.

*Erich Oberem* (FWG): Die FWG-Fraktion wünscht die Fortführung der ehrenamtlichen Arbeit in den vielen Bereichen vor Ort.

*Karl Sasserath* (Grüne): Die ehrenamtliche Arbeit von NABU und BUND ist von hoher Sachkompetenz und Fachverstand auf den verschiedensten Feldern der Umweltpolitik in der Kommune geprägt. In der Einbindung des ehrenamtlichen Engagements von NABU und BUND und deren Vernetzung mit dem Handeln von Politik und Verwaltung im kommunalen Naturschutz sehe ich eine Aufgabe meiner Arbeit als Oberbürgermeister.

*Anno Jansen-Winkel* (FDP): Wir verfolgen die Aktivitäten der Verbände NABU und BUND mit Aufmerksamkeit und sind wie schon in der Vergangenheit für Anregungen und Kritik jederzeit offen.

## **Meinung: Licht und Schatten in Mönchengladbacher Umweltpolitik**

von Holger Hurtmann

Es ist erfreulich, mit welcher Offenheit und Klarheit die Oberbürgermeister-Kandidaten und der Fraktionsvorsitzende der FWG auf die Fragen von NABU und BUND geantwortet haben. Aber nicht allein *dass*, sondern auch *was* die lokalen Spitzenpolitiker geantwortet haben, gibt durchaus Grund zur Freude. So unterstützt die Mehrzahl der Kandidaten das Anbau-Verbot von gentechnisch veränderten Organismen auf kommunalen Flächen. Das spiegelt den Willen der Verbraucher wider, die Genfood wegen der Risiken deutlich ablehnen. Erfreulich auch, dass die OB-Kandidaten Mönchengladbach als grüne Stadt schätzen und damit Erholungswert und Lebensqualität verbinden. Nicht zuletzt haben sie das Fahrrad als Verkehrsmittel in der Stadt entdeckt. Bei so viel partei-übergreifender Einigkeit kann es für die nächste Amtsperiode nur heißen: Ran ans Werk - und das gilt nicht nur für den kommenden Oberbürgermeister, sondern auch in Verwaltung und anderen Teilen der Politik.

Doch der Teufel steckt im Detail. Wie etwa der Erhalt hochwertiger Grünflächen, die der CDU-Kandidat Stefan Wimmers hervorhebt, mit Bebauungsplänen im Landschaftsschutzgebiet in Einklang gebracht werden sollen (s. S. 12), bleibt unklar. Ein Geheimnis von Anno Jansen-Winkeln ist es, wie man im Zusammenhang mit dem Ausbau des Fluglandeplatzes von positiven Umweltauswirkungen sprechen kann. Ihm sei die Lektüre der Stellungnahme empfohlen, die das Landesbüro der Naturschutzverbände erarbeitet hat. Da der FDP-Kandidat als eifriger Leser gilt, mag er zudem Bücher über Flugverkehr und Klimaschutz studieren. Außerdem: Warum möchte der Fraktionsvorsitzende der FWG, Erich Oberem, beim Thema Energiesparen die Hände in den Schoß legen? Wegen des heranrückenden Braunkohlentagebaus den Kopf in den Sand zu stecken, bringt keinen weiter. Den Grünen „Umweltverrat“ vorzuwerfen, klingt dabei allzu sehr nach deftigem Austeilen im Wahlkampf, zumal die Befürworter von Garzweiler II nicht bei den Grünen saßen.

Einen Gedanken kann – und muss – man aber entkräften: Dass die Naturschutzverbände bestimmten Parteien mit Vorurteilen gegenüberstehen würden. Nicht das Parteibuch ist entscheidend, sondern die Auffassungen zu Sachfragen. Auf diesem Feld wollen wir in einem Dialog Natur- und Umweltschutz in Mönchengladbach gemeinsam voranbringen.